



Kanton gewährt Soforthilfe für Firmen

Der Freiburger Staatsrat stellt 50 Millionen Franken bereit, um Freiburger Firmen mit Liquiditätengpässen zu helfen. Es gehe darum, Entlassungen und Konkurse zu verhindern, betonte er gestern vor den Medien.

Urs Haenni

GRANGES-PACCOT «Die gesundheitspolitische Krise hat eine wirtschaftliche Krise zur Folge.» Dies sagte Staatsratspräsidentin Anne-Claude Demierre (SP) gestern an einer Medienkonferenz im Forum Freiburg und gab gleichzeitig bekannt, dass der Staatsrat 50 Millionen Franken zur Verfügung stellt, um der Freiburger Wirtschaft zu Hilfe zu kommen. Er habe diesen ersten Beitrag an seiner Sitzung vom Dienstag beschlossen.

Finanzdirektor Georges Godel (CVP) ergänzte, dass die Kantonsverfassung einen solchen Schritt unter aussergewöhnlichen Umständen erlaube, auch wenn dafür normalerweise Entscheide des Grossen Rats und des Stimmvolks notwendig seien. Eine Delegation des Staatsrats habe gestern die Grossratspräsidentin, die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission sowie das Generalsekretariat darüber informiert. Diese hätten dem Staatsrat grünes Licht erteilt.

500 Anfragen für Kurzarbeit

«Wir befinden uns in einer aussergewöhnlichen Situation und müssen zwei Krisen auf einmal meistern», sagte Volkswirtschaftsdirektor Olivier Curty (CVP). «Heute geht es um die Wirtschaft als Ganzes.» Wie stark die Freiburger Wirtschaft unter den Folgen des Coronavirus und den damit verbundenen Massnahmen leidet, zeige sich anhand der Gesuche um Kurzarbeit. Es seien zuletzt rund 500 Anfragen eingegan-

gen, wo es sonst innert eines Jahres durchschnittlich nur 30 Anfrage seien.

Für Olivier Curty ist Kurzarbeit denn auch der erste Schritt, um der wirtschaftlichen Krise zu begegnen. Bereits habe der Bund die Kriterien zur Gewährung von Kurzarbeit erleichtert, so Curty. Seine Direktion habe nun das Personal beim Amt für den Arbeitsmarkt verzweifelt, um diese Gesuche zu behandeln. So könne gewährleistet werden, dass die Arbeitslosenkasse schnell bezahle. «Es geht darum, dass die Unternehmen die Löhne bezahlen und Entlassungen vermeiden können.» Er betonte aber auch, dass der Kanton vom Staatssekretariat für Wirtschaft ungeduldig weitere Schritte erwarte, so die Ausdehnung der Kurzarbeit auf Temporärangestellte, Selbstständige, Personen mit befristeten Arbeitsverträgen und Lernende.

Einen ersten Betrag von 50 Millionen Franken stellt der Staatsrat zur Verfügung für die Behebung finanzieller Engpässe. «Wir müssen die Liquidität von Unternehmen gewährleisten und so Konkurse von eigentlich gesunden Unternehmen verhindern», sagte Staatsrat Curty.

Bereits jetzt existiert das Mittel einer Westschweizer und einer kantonalen Bürgschaft. Curty lädt die Unternehmen aber ein, ihre Banken für Darlehen zu kontaktieren. Man verhandle mit Banken, und die Kantonbank sei schon bereit, mitzumachen.

«Der Kanton gewährt dafür Staatsgarantien von 50 000 Franken pro Unternehmen», so Curty. Dadurch soll insbesondere Selbstständigen sowie kleinen Unternehmen geholfen werden. Wie Curty präzisierte, stellt der Kanton auch Spezialisten zur Verfügung, um die Dokumentation für solche Darlehensgesuche zusammenzustellen. Diese Möglichkeit existiert ab Montag, 23. März.

Steuern später bezahlen

«Der Staatsrat will schnell und effizient helfen, um eine so noch nie da gewesene Krise zu bewältigen», sagte Curty. Er verlange vom Bund aber auch weitere Schritte wie Souplesse beim Inkasso von Sozialversicherungsgeldern und der Mehrwertsteuer. Wenn die Kriterien des Bundes für Härtefälle bekannt sind, könne der Kanton zudem Unternehmen direkt unterstützen.

Bezüglich der Bezahlung von kantonalen Steuern kündigte Finanzdirektor Georges Godel einen Aufschub der Zahlungsfristen an. Für die Gewinn-, Einkommens- und Vermögenssteuern werde die Frist von 30 auf 120 Tage ausgedehnt. Weiter sagte Godel, dass die Frist zur Einreichung der Steuererklärung für natürliche Personen bis zum 30. Juni verlängert werde. Anne-Claude Demierre kündigte auch an, dass die kantonale Ausgleichskasse vor allem für Selbstständige mit Liquiditätengpässen viel Spielraum gewähre.



Subventionen werden bezahlt
Jean-Pierre Siggen (CVP) sagte, dass der Kanton die Subventionen für annullierte oder verschobene Kulturveranstaltungen bezahle. Unter Selbstständigen im Kulturbereich mache man nun eine Umfrage, um die Einbussen zu ermitteln und gegebenenfalls strukturelle Hilfe zu leisten. Beim Sport laufe die Hilfe entweder über Gelder der Loterie Romande oder – beim Profisport – wie bei

anderen Firmen auch über die Volkswirtschaftsdirektion.

Anne-Claude Demierre betonte, dass es sich bei den 50 Millionen Franken bloss um einen ersten Betrag handle. Die Krise gehe weiter, und der Staatsrat führe seine Überlegungen zur Unterstützung der Wirtschaft weiter.

«Ob es 40 oder 60 Millionen Franken sind, spielt derzeit nicht so eine Rolle», sagte Olivier Curty. «Wir werden eine

Massnahme nach der anderen treffen.»

«Es geht darum, dass die Unternehmen die Löhne bezahlen und Entlassungen vermeiden können.»

Olivier Curty
CVP-Staatsrat



Volkswirtschaftsdirektor Olivier Curty (CVP) kündigte gestern Staatsgarantien für Darlehen bis 50 000 Franken an.

Bild A ein Wicht/a